

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Ingrid Nestle, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Nicole Maisch, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Forschungsvorhaben zur CO<sub>2</sub>-Injektion in oberflächennahen Grundwasserleitern**

Im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Forschungsvorhabens haben die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH – UFZ und die GICON – Großmann Ingenieur Consult GmbH Untersuchungen zum Verhalten von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im Grundwasser begonnen. Ziel der Untersuchung „Kohlendioxid-Injektion in einen oberflächennahen Grundwasserleiter zur Untersuchung der geochemischen Veränderungen und zur Erprobung von Monitoringmethoden“ ist es, konkrete Antworten zum Verhalten von CO<sub>2</sub> in grundwasserführenden Bodenschichten zu erhalten.

Der Feldversuch soll ab März 2011 in Wittstock-Alt Daber (Brandenburg) beginnen. Dabei sollen in eine nach oben und unten durch geologische Gegebenheiten abgedichtete Grundwasserschicht genau dosierte Mengen CO<sub>2</sub> abgegeben werden, um das Verhalten des Grundwassers bei der Lösung des CO<sub>2</sub> und dem anschließenden Herauslösen des CO<sub>2</sub> sowie die Wege des nach oben entweichenden Gases genau zu untersuchen.

Auf einem Versuchsfeld von zirka 50 mal 100 Meter soll voraussichtlich ab März 2011 ein auf wenige Wochen begrenzter Markierungsversuch durchgeführt werden. Dazu werden in bis zu 21 Meter Tiefe insgesamt 432 000 Liter Kohlendioxid innerhalb von zehn Tagen kontrolliert in einen fließenden Grundwasserleiter gepresst.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Wie hoch sind die Kosten des Forschungsprojektes „Kohlendioxid-Injektion in einen oberflächennahen Grundwasserleiter zur Untersuchung der geochemischen Veränderungen und zur Erprobung von Monitoringmethoden“, und welchen Anteil davon trägt das BMBF?  
b) Gibt es weitere Geldgeber, und wenn ja, welche, und in welcher Höhe beteiligen sich diese?
2. Liegen der Bundesregierung Informationen vor, ob einzelne Mitarbeiter des Forschungsprojekts über Drittmittel von Unternehmen o. Ä. finanziert werden, oder beziehen sie ausschließlich die Gelder vom BMBF für die Mitarbeit an diesem Projekt?

3. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass Unternehmen wie Vattenfall, RWE, E.ON oder EnBW, die die Verpressung von CO<sub>2</sub> im Boden erforschen, an diesem Projekt oder begleitenden Projekten beteiligt sind, wie die „Bürgerinitiative Kein CO<sub>2</sub>-Endlager Altmark“ in ihrer Pressemitteilung „Der geplante CO<sub>2</sub> Unfall von Wittstock“ vom 14. Januar 2011 behauptet?
4. Auf welcher gesetzlichen Grundlage erfolgt die Verpressung von CO<sub>2</sub> im oben beschriebenen Forschungsprojekt?
5. Mit welchen konkreten Forschungsergebnissen rechnet die Bundesregierung, und wann werden diese der Öffentlichkeit zugänglich sein?
6. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass durch das von ihr finanzierte Forschungsprojekt und der damit im Zusammenhang stehenden Verpressung von CO<sub>2</sub> in den Grundwasserleitern die Trinkwasserleiter der Stadt Wittstock beeinträchtigt werden?
7. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass mögliche Langzeitfolgen, wie etwa für das Grundwasser durch die Verpressung des CO<sub>2</sub>, ausgeschlossen werden?
8. a) Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen dem Forschungsprojekt in Wittstock und der geplanten CO<sub>2</sub>-Verpressung in der Altmark?  
b) Besteht nach Kenntnis der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen dem Forschungsprojekt Wittstock und dem Projekt „Verbundvorhaben EGR Altmark“, wo mithilfe von CO<sub>2</sub> Restmengen Erdgas aus Bohrlöchern gefördert werden soll, wie in der „Märkische Allgemeine“ am 15. Januar 2011 berichtet, vor dem Hintergrund ähnlicher geologischer Formationen an beiden Standorten?  
c) Steht das Projekt in Wittstock nach Auffassung der Bundesregierung in einem Zusammenhang mit der weiteren Erforschung des Verhaltens von CO<sub>2</sub> im Boden für eine großtechnische Anwendung?
9. In welchem Zeitraum (Tage/Monate/Jahre) plant die Bundesregierung ein nationales CCS-Gesetz (CCS: Carbon Dioxide Capture and Storage) zu verabschieden?

Berlin, den 10. Februar 2011

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**